

---

# Soziale Probleme

Zeitschrift für soziale Probleme und soziale Kontrolle

---

## 18. Jahrgang, 2007, Heft 2

Junge Migrantinnen und Migranten auf dem Weg in die Ausbildung – Ungleiche Platzierung durch Diskriminierung? <i>Jan Skrobanek</i>	113
Rational Choice, Handlungskontrolle und Alltagskriminalität <i>Stefanie Eifler und Sonja Schulz</i>	139
Die Abwertung von „Überflüssigen“ und „Nutzlosen“ als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt – Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose als Störfaktor <i>Jürgen Mansel und Kirsten Endrikat</i>	163
Konstanz und Wandel in der „Strafphilosophie“ der Deutschen – Ausdruck stabiler Verhältnisse oder steigender Punitivität? Ergebnisse eines Langzeitvergleichs (1970-2003) <i>Karl-Heinz Reuband</i>	186



CENTAURUS  
Verlag & Media KG

ISSN 0939-608X

# **Die Abwertung von „Überflüssigen“ und „Nutzlosen“ als Folge der Ökonomisierung der Lebenswelt**

Langzeitarbeitslose, Behinderte und Obdachlose als Störfaktor<sup>1</sup>

*Jürgen Mansel und Kirsten Endrikat*

## **Zusammenfassung**

*Im Zentrum des Beitrages steht der Zusammenhang von ökonomistischen Einstellungen und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen. Hintergrund ist die Annahme, dass angesichts von krisenhaften Entwicklungen ökonomische Kriterien zunehmend auf die soziale Lebenswelt übertragen und als Maßstab für die Beurteilung von Personen und Personengruppen herangezogen werden. Auf der Basis der 6. Erhebungswelle des GMF-Surveys wird zunächst untersucht, wie verbreitet ökonomistische Orientierungen und damit zusammenhängende Verhaltenstendenzen in der Bevölkerung sind, inwiefern diese mit der Soziallage von Personen korrespondieren und inwieweit sie ein Resultat von Desintegrationserfahrungen, den wahrgenommenen Desintegrationsrisiken und -ängsten sind. Anschließend geht es um die Verbreitung von abwertenden Vorurteilen gegenüber Langzeitarbeitslosen. Gezeigt werden kann, dass ökonomistische Orientierungen ein starker Erklärungsfaktor nicht nur für die Abwertung von Langzeitarbeitslosen sind, sondern auch von anderen schwachen Gruppen wie Obdachlose, Behinderte und auch Migranten.*

***Devaluation of the “Superfluous” and “Useless” as a Consequence of the Economization of the Lifeworld. The “Nuisance” of the Long-term Unemployed, the Disabled, and the Homeless***

## **Abstract**

*The contribution focuses on the connection between economist attitudes and the devaluation of the long-term unemployed. The study is based on the hypothesis that in an age of crisis, economic criteria are increasingly applied to the social lifeworld and used as the yardstick for evaluating persons and groups. Data from the sixth wave of the GFE survey are used to investigate the prevalence of economist orientations and the associated behavioral tendencies in the population, the extent to which these correspond with people's social situations, and the extent to which they are an outcome of disintegration experience and perceived disintegration risks and fears. Finally, the study examines the prevalence of prejudices against the long-term unemployed. It can be shown that economist orientations are a strong explanatory factor for devaluation not only of the long-term unemployed but also of other weak groups such as homeless people, the disabled, and also migrants.*

## 1. Einleitung

Der sich abzeichnende wirtschaftlichen Konsolidierung, die sich seit 2006 allmählich auch am Arbeitsmarkt in einem Rückgang der Arbeitslosenzahlen niederschlägt, gingen krisenhafte Entwicklungen voraus, welche nachhaltig in den Einstellungen und Orientierungen der Bevölkerung Spuren hinterlassen haben. Die vorausgegangenen gesellschaftlichen Veränderungen wurden an anderer Stelle (Mansel/Endrikat/Hüpping 2006) in Anlehnung an Bohle et al. (1997) unter den Begriffen der Struktur-, Regulations- und Kohäsionskrise umrissen. Die Regulationskrise ist durch einen Zerfall der das gesellschaftliche und soziale Zusammenleben regelnden Normen und Werte gekennzeichnet und die Kohäsionskrise führt zu einer Labilisierung sozialer Beziehungen und der Auflösung von Einbindungen in stabile Netzwerke. Diese Entwicklungen ziehen Unklarheiten und Unsicherheiten bei der Alltagsinteraktion und bei der Bewertung sozialer Situationen nach sich. Obwohl die daraus resultierenden Orientierungsprobleme der Individuen durch die Konkurrenz am Arbeitsmarkt, dem Risiko von Arbeitslosigkeit und sozialem Abstieg und den daraus resultierenden Irritationen im Rahmen der Lebensplanung verstärkt werden, ist mit der Strukturkrise – so die leitende These – auch eine Grundlegung eindeutiger Kriterien im Hinblick auf die Bewertung von Individuen und gesellschaftlichen Gruppen verbunden.

Mit der Strukturkrise geht eine Verschärfung der sozialen Ungleichheit (Hradil 2005: 474 ff.; Weins 2005: 491 ff.), eine soziale Spaltung und eine Polarisierung an den Rändern der Gesellschaft einher, die seitens der bundesdeutschen Bevölkerung auch sehr sensibel registriert wurde (Mansel/Heitmeyer 2005). Es scheint offenbar zu werden, wer über die erforderlichen Kompetenzen und Ressourcen verfügt, um sich in der Konkurrenz um begehrte und attraktive berufliche Positionen erfolgreich durchzusetzen, und wer nicht. Während einzelne Personen und soziale Gruppen maßgeblich zum wirtschaftlichen Ertrag beisteuern und diesen im Grunde auch erst ermöglichen, können andere ihren Lebensunterhalt nur über den Erhalt staatlicher Transferleistungen, über Hartz IV oder über andere soziale Sicherungssysteme bestreiten. Anhand ökonomischer Kriterien bzw. Prinzipien scheinen sich damit eindeutig erfolgreiche und nutzlose Personen auszumachen – oder mehr noch: solche Individuen und Personengruppen identifizierbar, die entweder dem gesellschaftlichen Reichtum dienlich sind oder für die Sozialgemeinschaft Kosten verursachen. Insbesondere Langzeitarbeitslose, aber auch Behinderte und Obdachlose können vor diesem Hintergrund in die zuletzt genannte Personenkategorie eingeordnet werden. Die Analyse, inwiefern ökonomistische Orientierungen auf der individuellen Ebene zur Abwertung von schwachen Gruppen beitragen, ist Ziel des vorliegenden Beitrages.

Im Folgenden werden wir zunächst auf einer theoretischen Ebene die Hintergründe skizzieren, die für die Ökonomisierung der Lebenswelt verantwortlich sind (Kapitel 1). Anschließend stellen wir die Daten vor, auf denen die hier vorgenommenen Analysen basieren (Kapitel 2). In Kapitel 3 gehen wir zunächst auf die

Verbreitung ökonomistischer Orientierungen in der Bevölkerung ein und zeigen dann, inwieweit ökonomistische Einstellungen, Bewertungspraxen und Verhaltens-tendenzen a) sich nach der Soziallage von Personen unterscheiden, b) mit wahrge-nommenen Desintegrationsrisiken und -erfahrungen in einem Zusammenhang ste-hen und c) mit solchen Orientierungsmustern korrespondieren, denen zufolge die Aufrechterhaltung von privaten und sozialen Beziehungen dem eigenen beruflichen Erfolg und den sich bietenden Karrierechancen untergeordnet werden. In Kapitel 4 befassen wir uns mit der Verbreitung von Vorurteilen in der Bevölkerung gegen-über Langzeitarbeitslosen insgesamt sowie mit den sozialagenspezifischen Unter-schieden bei den Vorurteilen. Inwiefern ökonomistische Orientierungen neben der Soziallage, den wahrgenommenen Desintegrationsrisiken, der Aufstiegsorientie-rung und bindungslosen Flexibilität zur Abwertung jener Gruppen beitragen, die als nutzlos oder überflüssig erachtet werden, ist Gegenstand von Kapitel 5.

## 2. Die Ökonomisierung der Lebenswelt

In einer kapitalistisch ausgerichteten Marktwirtschaft haben ökonomische Kriterien wie Effizienz, Nützlichkeit, Verwertbarkeit, Funktionsfähigkeit, Rentabilität etc. einen hohen Stellenwert, denn sie entscheiden darüber, wer in der Konkurrenz be- stehen, sich mit seinen Produkten und Angeboten auf dem Markt durchsetzen und Gewinne erzielen kann. Fragen der Moral und der Ethik haben im Marktgeschehen demgegenüber eine deutlich untergeordnete Rolle, denn letztendlich geht es um die Rendite, den Profit und den wirtschaftlichen Ertrag. Es lassen sich jedoch Anzei- chen erkennen, dass die ökonomischen Prinzipien überborden, sich die Marktwirt- schaft in eine Marktgesellschaft transformiert, ökonomische Prinzipien auf die Le- benswelt und auf das soziale Leben übertragen, auf die Bewertung nicht wirtschaft- licher Prozesse und Vorgänge angewendet werden und dadurch eine ökonomisti- sche Einfärbung erhalten.

Wir gehen davon aus, dass die Anwendung ökonomistischer Prinzipien auf die soziale Alltagspraxis und die Bewertung von Personengruppen ein Resultat der kri- senhaften Entwicklungen ist, entsprechende Orientierungen im Bewusstsein der Bevölkerung aber durch den beginnenden Aufschwung noch verstärkt werden kön- nen, da in diesem Stadium, in dem sich vermehrt Chancen für eine wirtschaftliche und berufliche Konsolidierung für die Subjekte abzeichnen, noch deutlicher zeigen kann, wer den Anforderungen des Lebens nicht gewachsen ist.

Die krisenhaften Entwicklungen selbst stehen in vielfältigen Wechselwirkungs- verhältnissen. Ausgangspunkt einer Ökonomisierung der Lebenswelt sind sie inso- fern, als zum einen mit der *Regulationskrise* zentrale gesellschaftliche Wertvorstel- lungen, handlungsregulierende Normen und die Mechanismen, die bei kollidieren- den Interessenlagen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen der Regulierung von Konflikten dienen, in Frage gestellt werden. Im Zuge der *Kohäsionskrise* werden zum zweiten soziale Beziehungen geschwächt, Einbindungen in Netzwerke aufge-

lockert. Damit geht nicht nur Lebenssinn verloren, sondern es sinken auch die Möglichkeiten, für die erfolgreiche Bewältigung von Anforderungen und Problemlagen soziale Unterstützung zu erhalten bzw. soziale Ressourcen aktivieren zu können. Die aus diesen krisenhaften Entwicklungen resultierenden Verunsicherungen und Ungewissheiten im Rahmen der Alltagsgestaltung, der Lebensführung und der Lebensplanung werden durch die *Strukturkrise*, der Erosion der Normalerwerbsbiographie und der Verknappung von Arbeitsplätzen verschärft.

Während aber aus der Sicht von Betroffenen Normen und Werte sowie soziale Beziehungen das Alltagsleben weniger prägen und damit subjektiv an Gestaltungskraft verlieren,<sup>2</sup> führt die Konkurrenz um Arbeitsplätze dazu, dass die Erwerbsarbeit subjektiv an Bedeutung gewinnt und somit für die Identitätsentwicklung sowie für die Integration die zentrale Rolle beibehält (Keupp et al. 1999).

In Anlehnung an das von Habermas (1981) entwickelte Bild der „Kolonialisierung der Lebenswelt“ kann davon ausgegangen werden, dass damit die wirtschaftlichen Maxime auf andere, in ihren Sinnbezügen ausgedünnte Lebensbereiche übertragen werden. Indem die sozialintegrative Kraft von außerhalb des Produktionssystems stattfindender Interaktionen an Bedeutung verliert, wird auch die Lebenswelt einseitig auf die Systemzwänge einer ökonomischen (und bürokratischen) Rationalität eingeschworen. Mit dem Sinnverlust und der Fragmentierung des Alltagsbewusstseins, den Legitimations- und Orientierungskrisen greift die kapitalistische Ökonomie auf die soziale Reproduktion über und dringt mit ihren Imperativen in die Kernbereiche der Lebenswelt ein (siehe hierzu auch Bieling 2000: 113 ff.).

Vor diesem Hintergrund kann der Sachverhalt, ob jemand eine (attraktive) berufliche Position inne hat und behaupten kann, zum entscheidenden Kriterium werden, ob man zu den Gewinnern oder den Verlierern zählt, sein Leben kompetent zu bewältigen vermag oder nicht. Einer Erwerbsarbeit nachzugehen, wird damit auch zum entscheidenden Bewertungskriterium von Personen und Personengruppen, denn nur diejenigen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen, tragen produktiv zur Funktionsfähigkeit und zum wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft bei, während die Anderen der Gemeinschaft eher „auf der Tasche liegen“.

Was zählt ist effizientes Handeln, die Produktivität und die Nützlichkeit von Personen bzw. Personengruppen. Anerkennung wird nur jenen zuteil, die bei der Arbeit eine hohe Produktivität an den Tag legen. Respekt, Hochachtung und Bewunderung werden jenen gezollt, die für den wirtschaftlichen Erfolg stehen und ihre Kompetenzen und ihr Entscheidungsvermögen in dessen Dienst stellen (siehe hierzu auch Voswinkel 2000: 41 ff.).

In Anlehnung an Sennetts (1998, 2005) Ausführungen zum „flexiblen Menschen“ in der „Kultur des neuen Kapitalismus“ kann davon ausgegangen werden, dass Subjekte sich in ihrer Lebensführung und -planung an diesen Maximen ausrichten. Um sich bietende Karrierechancen am Arbeitsmarkt nutzen, einen sozialen Aufstieg erreichen und soziales Prestige sichern zu können, erhalten alle anderen Dinge eine sekundäre Bedeutung. Alles, was den Erfolg behindern kann, wird beiseite geschoben. Da soziale Beziehungen und tiefgreifende Bindungen die Mobili-

tät von Personen behindern und davon abhalten können, sich bietende Chancen optimal zu nutzen, werden soziale Kontakte den wirtschaftlichen Nutzenkalkülen untergeordnet und der Aufbau enger Beziehungen vermieden. Diese scheinbar erforderlich gewordene bindungslose Flexibilität (siehe hierzu auch Heitmeyer/Heyder 2002; Mansel 2004; Mansel/Endrikat/Hüpping 2006) ist zugleich Auslöser und Verstärker der Kohäsionskrise.<sup>3</sup>

Im Unterschied zu den wirtschaftlich Erfolgreichen laufen diejenigen, die nicht zur Produktivität der Gesellschaft beitragen, Gefahr, in einer auf Leistung und Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaft als Störfaktor verstanden zu werden. Dies kann deshalb schwerwiegend und folgenreich werden, weil mit den Störungen der Sozialintegration moralische Grenzlinien im Hinblick auf die Verwertbarkeit des Verhaltens unter Druck geraten und Prozesse der Entsolidarisierung in Gang gesetzt werden. Im Anschluss an Sennett (1998) steht zu befürchten, dass mit dem Eindringen von betriebswirtschaftlichen Kalkülen in den sozialen Alltag das Kalkulatorische an die Stelle von Würde und Barmherzigkeit gesetzt und damit empathische, fürsorgliche Einstellungen und Verhaltensweisen zerstört werden. Damit kann die Einschätzung der Ungleichwertigkeit von Gruppen verstärkt werden.

Jenen, durch welche die Grundprinzipien einer auf Verwertbarkeit und Funktionsfähigkeit ausgerichteten Marktgesellschaft in Frage gestellt werden, können deshalb Ressentiments entgegengebracht und Missachtung entgegenschlagen. Die Gesellschaft lässt sich dann unter Umständen unterteilen in „Nützliche“ und „Nutzlose“ (die anderen „auf der Tasche“ liegen). Neue Schübe der gesellschaftlichen Ausgrenzung werden wahrscheinlich (siehe hierzu auch Kronauer 2002).

Es ist letztendlich eine empirische Frage, inwieweit die Prinzipien der kapitalistischen Ökonomie das soziale und gesellschaftliche Alltagsgeschehen durchdringen und zu ökonomistischen Orientierungen der Bürger geführt haben. Werden wirtschaftliche Effizienz kalküle tatsächlich rücksichtslos auf die private Lebensführung übertragen und inwieweit dominieren, ja bestimmen sie das öffentliche Meinungsbild im Hinblick auf die Bewertung von spezifischen gesellschaftlichen Gruppen?

### **3. Datengrundlage und Forschungsdesign**

Die den hier vorgestellten Analysen zugrunde liegenden Daten entstammen der im Jahr 2007 durchgeführten sechsten Erhebungswelle des Projektes „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. In diesem Projekt wird davon ausgegangen, dass Strukturkrisen und daraus resultierende Verschärfungen sozialer Ungleichheitslagen sowie die Labilisierung sozialer Beziehungen und die damit einhergehenden Gefühle von Verunsicherung, Entbehrlichkeit und Sinnlosigkeit den Nährboden für eine Ideologie der Ungleichwertigkeit schaffen. Diese Ideologie begünstigt Machtdemonstrationen, in denen das Eigene (Majorität) auf- und das Fremde (schwache Gruppen) abgewertet werden. Untersucht wurden die Abwertungsprozesse zu-

nächst in Form von sieben Varianten (Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus, Islamphobie, Heterophobie, Etabliertenvorrechten und Sexismus), die sich zu einem Syndrom Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit verbinden und sich auch in ausgrenzendem und diskriminierendem Verhalten sowie in Gewaltbilligung und eigener Gewaltbereitschaft niederschlagen können (Heitmeyer 2002).

Seit 2002 werden in jährlichem Anstand mittels eines standardisierten Erhebungsinstrumentes telefonische Befragungen bei nach Zufallsprinzipien ausgewählten Personen im Alter von über 16 Jahren durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Zufallsstichprobe bilden dabei die Privathaushalte. Die Stichproben werden jeweils disproportional zugunsten der Bevölkerung in den neuen Bundesländern geschichtet (zwei Drittel West, ein Drittel Ost). Die Auswahl der Haushalte erfolgt auf der Basis eines Telefon-Master-Samples, das zu verzerrungsfreien Stichproben ohne Klumpeneffekte führt. Eingetragene Telefonnummern werden durch generierte Rufnummern ergänzt, um sicherzustellen, dass in den Stichproben auch solche Haushalte enthalten sind, die in keinem Telefonverzeichnis eingetragen sind. In den Haushalten wird die Zielperson mittels des Schwedenschlüssels ermittelt. Insgesamt nahmen an der Befragung in 2007 2000 Personen (vollständige und auswertbare Interviews) teil. Die Ausschöpfungsquote an der bereinigten Bruttostichprobe lag bei 38.8 Prozent.<sup>4</sup>

Die hier vorgelegten Auswertungen beschränken sich auf deutsche Personen ohne Migrationshintergrund (Befragte, deren Eltern und Großeltern in Deutschland geboren wurden). Die Stichprobe reduziert sich dadurch auf  $N = 1760$  Personen.

Die Erhebung als Telefonbefragung setzt der Interviewdauer ein deutliches Limit.<sup>5</sup> Um dennoch eine Vielzahl von Variablen zu erheben und unterschiedliche Erklärungsansätze zu testen, wurde zum einen die Stichprobe in zwei (repräsentative) Splitts aufgeteilt, in denen Frageblöcke zu Spezialfragen zum Einsatz kamen (die Anzahl der Personen ohne Migrationshintergrund, bei welchen der Frageblock zu ökonomistischen Orientierungen enthalten war, lag bei  $N = 866$  Personen). Zum anderen wurden für die Operationalisierung weitgehend Kurzskalen (mit in der Regel zwei bis fünf Statements pro Konstrukt bzw. Subdimension) eingesetzt. Die von der Forschergruppe meist in Anlehnung an bewährte Instrumente entwickelten Kurzskalen wurden in mehreren Pretests erprobt und getestet. Als Antwortvorgaben wurden zumeist vierstufige Likert-Skalierungen eingesetzt.<sup>6</sup>

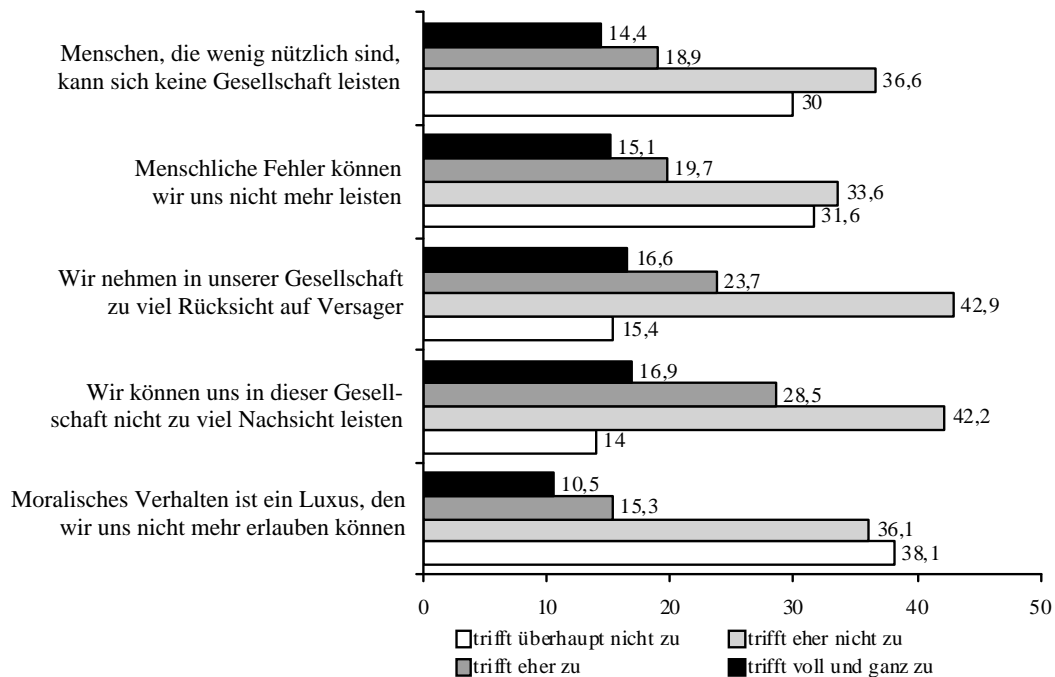
#### **4. Verbreitung ökonomistischer Orientierungen in der Bevölkerung**

Unter ökonomistischen Orientierungen verstehen wir die Übertragung von wirtschaftlich funktionalen Kriterien wie Effizienz, Verwertbarkeit, Funktionalität, Nützlichkeit etc. auf das soziale Geschehen sowie die Ablehnung moralischer Kriterien bei der Bewertung von Vorgängen und Personen. Um entsprechende Orientierungen in der Bevölkerung zu messen, wurden in den GMF-Survey 2007 Items

aufgenommen, die auf die Bewertung von Personen auf der Basis der Nützlichkeit und die Funktionsfähigkeit im Sinne wirtschaftlicher Effizienzkalküle abzielen.

Mit den Statements sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass menschliche Fehler nicht mehr tolerierbar sind, dass Nachsicht und moralisches Verhalten ein Luxus sind, den sich die Gesellschaft nicht leisten kann (zu den konkreten Formulierungen siehe Abbildung 1).

**Abbildung 1:** Die Verbreitung ökonomistischer Orientierungen in der bundesdeutschen Bevölkerung (in %)



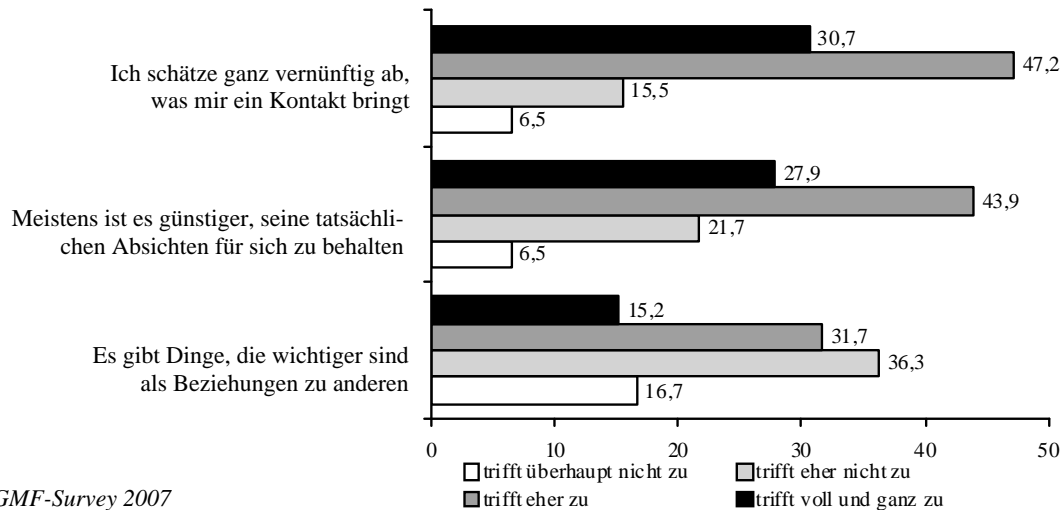
Die Befragungsdaten zeigen, dass über ein Drittel der bundesdeutschen Bevölkerung in der Tendenz Aussagen zustimmt, dass sich eine Gesellschaft wenig nützliche Menschen (33,3 %) und menschliche Fehler nicht (mehr) leisten kann (34,8 %). Etwa vier Zehntel sind der Ansicht, dass in unserer Gesellschaft zu viel Rücksicht auf Versager genommen wird (40,3 %), zu viel Nachsicht mit solchen Personen unangebracht ist (43,9 %) und etwa ein Viertel stimmt der Aussage zu, dass „moralisches Verhalten (...) ein Luxus (ist), den wir uns nicht mehr leisten können“ (25,8 %).

Noch deutlicher „schlagen“ die ökonomistischen Orientierungen bei dem individuellen Verhalten, der Lebensführung und -planung, sprich bei der bindungslosen Flexibilität durch (zu den Itemformulierungen zur Messung dieses Konstrukts siehe Abbildung 2). Fast die Hälfte der Befragten gibt an, dass es „Dinge (gibt), die wichtiger sind als die Beziehungen zu anderen“ (46,9 %) und sogar über drei Viertel sind bemüht, vernünftig abzuwägen, welchen Nutzen der Kontakt zu anderen



bringen mag (77,9 %). Ein ähnlich hoher Prozentsatz (71,8 %) hält es aus kalkulatorischen Gründen für günstiger, anderen Personen seine tatsächlichen Absichten besser nicht mitzuteilen, sondern diese für sich zu behalten. Soziale Beziehungen und der Austausch mit anderen über die eigenen Absichten und Vorhaben, werden damit mehrheitlich egoistischen Nutzenkalkülen untergeordnet.

**Abbildung 2:** Verbreitung flexibler Bindungslosigkeit in der Bevölkerung (in %)



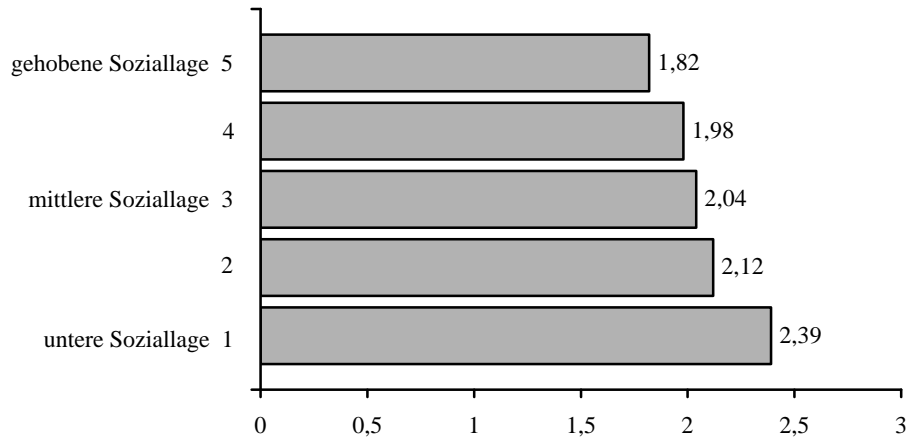
#### 4.1 Zusammenhänge mit der Soziallage und zeitliche Veränderung

Hinsichtlich des Zusammenhangs mit der Soziallage könnte vermutet werden, dass Personen mit einem höheren Status infolge ihres sozialen und beruflichen Erfolges in stärkerem Maße ökonomistische Orientierungen vertreten bzw. zu damit korrespondierendem Verhalten tendieren als Personen aus unterer Soziallage. Empirisch zeigt sich das Gegenteil, denn der Sozialstatus von Personen steht in einem negativen Zusammenhang sowohl mit den ökonomistischen Orientierungen als auch der bindungslosen Flexibilität (Tabelle A1 im Anhang), also insbesondere solche Personen ökonomistische Auffassungen (Abbildung 3) vertreten bzw. zu damit korrespondierenden Verhaltensweisen tendieren, die im Rahmen der schulischen und beruflichen Karriere weniger erfolgreich waren bzw. sind und eher ein geringes Einkommen erzielen.

So stimmen z. B. der Auffassung, dass menschliche Fehler untragbar geworden sind, nur etwa 10,4 Prozent in gehobener, 24,5 Prozent in mittlerer und 42,6 Prozent in unterer Soziallage voll und ganz zu. Kriterien des wirtschaftlichen Nutzens bei der Bewertung von Personen und Personengruppen wenden damit insbesondere jene Personen an, die zumindest aus funktionalistischer Perspektive einen eher geringen Nutzen für den wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft erbringen. Offenbar tendieren damit eher solche Personen, denen ein wirtschaftlicher Erfolg bisher

verwehrt geblieben ist, in besonderem Maße dazu, solche Verhaltensweisen zu pönalisieren, die den wirtschaftlichen Erfolg einer Gemeinschaft behindern.

**Abbildung 3:** *Ökonomistische Orientierungen nach der Sozillage von Personen\**



\* Mittelwerte; 1 = trifft überhaupt nicht zu, ..., 4 = trifft voll und ganz zu;  
GMF-Survey 2007

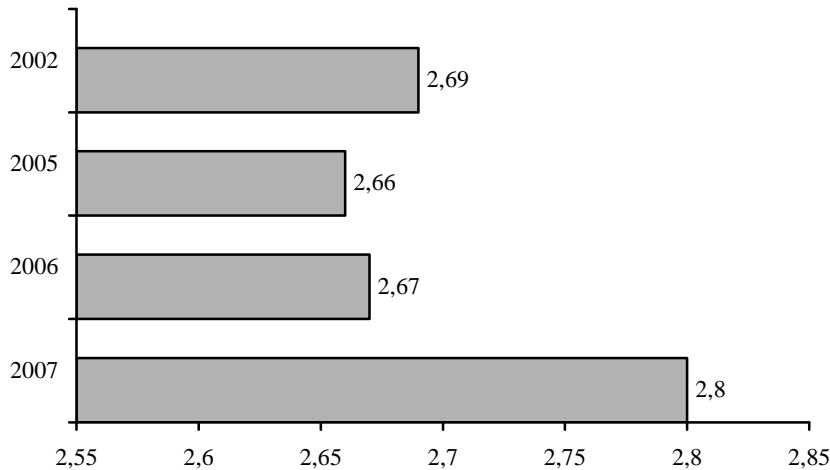
Im Unterschied zu den ökonomistischen Orientierungen, die 2007 erstmals erfasst wurden, waren die Statements zur bindungslosen Flexibilität seit 2002 wiederholt erhoben worden, so dass sich für diese zeitliche Trendveränderungen nachzeichnen lassen. Die entsprechenden Analysen (Abbildung 4) zeigen, dass Verhaltenstendenzen im Sinne flexibler Bindungslosigkeit von 2002 bis 2006 relativ stabil geblieben sind. Nach 2006 zeigt sich hingegen ein deutlicher Anstieg. Stimmt man z. B. dem Statement „ich schätze ganz vernünftig ab, was mir ein Kontakt bringt“ 2006 weniger als zwei Drittel der Befragten zu (61,3 %), waren es 2007 bereits über drei Viertel (77,9 %).

Es ist naheliegend, diese Veränderung in einem Zusammenhang mit der sich seit 2006 auch auf dem Arbeitsmarkt abzeichnenden wirtschaftlichen Konsolidierung zu betrachten. Unter der wirtschaftlich veränderten Situation wird es wahrscheinlicher, dass die sich bietenden Chancen auch in entsprechenden Erträgen niederschlagen. Folglich erscheint es opportun, den sozialen Bindungen eine untergeordnete Rolle beizumessen, damit die sich bietenden Gelegenheiten erfolgreicher genutzt werden können.

Aufschlussreich ist dabei, dass die Zunahme von bindungsloser Flexibilität primär auf Veränderungen bei Personen in gehobener und insbesondere mittlerer Soziallage zurückzuführen ist (ohne Abbildung). Offensichtlich scheinen die wirtschaftlichen Veränderungen insbesondere bei sozial besser gestellten Personen einen Druck zu erzeugen und solche Bemühungen auszulösen, mit denen sie ihre Abstiegängste bewältigen, ihre Position absichern, Distinktion herstellen bzw. ihren

sozialen Vorsprung in Form eines sozialen Aufstiegs ausbauen können (siehe hierzu auch Mansel/Endrikat/Hüpping 2006).

**Abbildung 4:** *Entwicklung bindungslos flexibler Verhaltenstendenzen seit 2002\**



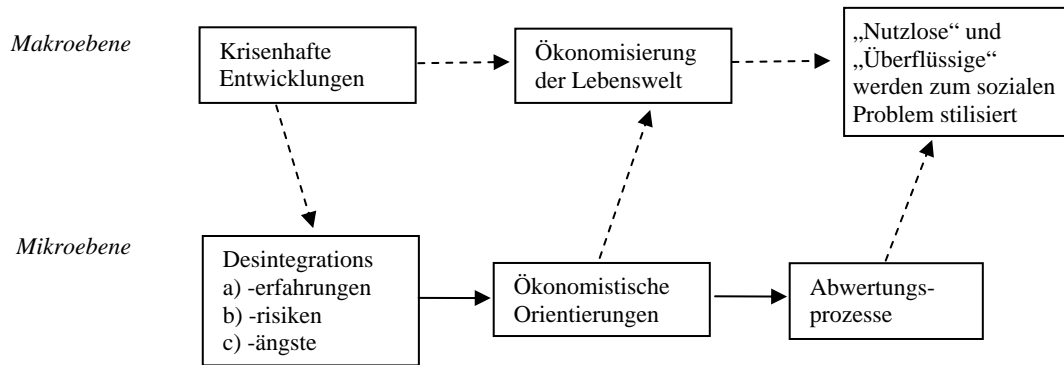
\* Mittelwerte; 1 = trifft überhaupt nicht zu, ..., 4 = trifft voll und ganz zu; GMF-Survey 2007.

#### 4.2 Zusammenhänge mit Desintegrationserfahrungen und Aufstiegsorientierung

Wenn unsere Annahme zutrifft, dass ökonomistische Orientierungen sowie Verhaltenstendenzen im Sinne bindungsloser Flexibilität eine Folge der krisenhaften Entwicklungen sind, dann müssten beide Aspekte in einem Zusammenhang mit den Folgen stehen, die die Krisen in Form von Desintegrationsrisiken zeitigen. Die diesbezüglichen Erwartungen sind in Abbildung 5 graphisch dargestellt. Die empirischen Analysen beschränken sich allerdings auf den unteren Teil der Graphik, die Mikroebene.

Die behandelten krisenhaften Entwicklungen erzielen nun bei dem hier vertretenen Integrationsansatz (siehe hierzu Anhut/Heitmeyer 2000; Anhut 2002) jeweils auf unterschiedlichen Ebenen einschneidende Wirkungen (zum Zusammenhang von Krisen und Desintegrationsrisiken siehe auch Mansel/Endrikat/Hüpping 2006).

Die sich auf die wirtschaftlichen Entwicklungen beziehende *Strukturkrise* zeitigt insbesondere Folgen auf der Ebene der *individuell-funktionalen Systemintegration* und führt zu Beschränkungen der Zugänge zu zentralen gesellschaftlichen Teilsystemen wie den Bildungseinrichtungen, den attraktiven Positionen am Arbeitsmarkt (Indikatoren in 2007 sind die Variablen „Scheitern an beruflichen Zielen“ und „Prekarität am Arbeitsmarkt“) und damit über die finanziellen Mittel auch zu Einschränkungen bei den Partizipationschancen an den Kulturangeboten und dem Konsumwarenmarkt (Variable „individuelle relative Deprivation“), dem Wohnungsmarkt und den sozialen Sicherungssystemen.

**Abbildung 5:** Modell zu den vermuteten Zusammenhängen

Die *Regulationskrise* bezieht sich auf den Zerfall der das Alltagsleben sowie das politische Geschehen regulierenden Normen und Werten. Die Folgen zeichnen sich vor allem auf der Ebene der *kommunikativ-interaktiven Sozialintegration* ab, weil dadurch die Gültigkeit zentraler Grundprinzipien des gesellschaftlichen Zusammenlebens sowie die Gültigkeit von als legitim erachteten Verteilungskriterien für materielle Güter und finanzielle Mittel (Variable „soziale Spaltung“) in Frage gestellt und die Möglichkeiten eines Interessenausgleichs bei konfligierenden Anspruchslagen verschiedener gesellschaftlicher Gruppen behindert werden (Variable „Machtlosigkeit“).

Einschränkungen der *kulturell-expressiven Sozialintegration* resultieren demgegenüber primär aus der *Kohäsionskrise*. Infolge des Risikos von Arbeitslosigkeit und von sozialen Abstiegen lösen sich Freundschaften und soziale Beziehungen auf (Variable „generelle sozio-emotionale Desintegration“), so dass sich Personen auch von jenen Personen aus ihrem Nahumfeld nicht mehr hinreichend unterstützt fühlen (Variable „soziale Unterstützung“). Auch wenn sich die Krisen somit jeweils auf spezifische Ebenen der Integration auswirken, so können sie dennoch auch auf andere Integrationsebenen ausstrahlen, Desintegrationsprozesse auf anderen Ebenen verstärken oder auch kompensieren. Im Zusammenspiel tragen sie entscheidend dazu bei, wie Subjekte ihre Möglichkeiten einschätzen, sich zu entfalten und ihre Individualität im Sinne eigener Interessenlagen und Anspruchshaltungen zu entwickeln (Variable „Chancen personaler Entwicklung“).

Die Berechnungen der Zusammenhänge von Desintegrationsrisiken und den *ökonomistischen Orientierungen* und Verhaltenstendenzen bestätigen zunächst die obige Interpretation, dass ökonomistische Auffassungen eher jene Personen vertreten, die ihre Aufstiegswünsche nicht realisieren konnten, denn ökonomistische Bewertungskriterien werden einerseits stärker von Personen mit einer ausgeprägten Aufstiegsorientierung und andererseits von jenen vertreten, denen es nicht gelungen ist, ihre beruflichen Ziele zu realisieren (Tabelle A1 im Anhang). Zudem werden ökonomistische Orientierungen von solchen Personen in stärkerem Maße ver-

treten, die sich infolge einer fehlenden sozialen Einbindung von ihrem Umfeld nur in geringem Maße unterstützt fühlen. Dies deutet darauf hin, dass insbesondere solche Personen ökonomistische Nutzenkalküle hoch bewerten, die aus der eigenen Karriere und der Lebensführung in ihrem privaten Umfeld nur wenig „sozialen“ Sinn abzugewinnen vermögen, weil sie in diesem Terrain nur wenig Möglichkeiten sehen, sich im Sinne eigener Anspruchshaltungen und Interessenlagen zu entwickeln und zu entfalten.

Demgegenüber steht eine tatsächliche oder subjektiv wahrgenommene prekäre Position am Arbeitsmarkt in keiner signifikanten Beziehung mit den ökonomistischen Orientierungen. Ebenso wie die zuvor aufgeführten Aspekte trägt die Prekarität am Arbeitsmarkt nicht mehr zu einer Erhöhung der erklärten Varianz der ökonomistisch-geprägten Bewertungskalküle bei, wenn weitere im Rahmen der im GMF-Survey 2007 erhobenen Desintegrationsvariablen als Einflussgrößen berücksichtigt werden (Tabelle A1 im Anhang).

Neben der Soziallage sind von den hier berücksichtigten Desintegrationsindikatoren vor allem die erlebte Machtlosigkeit bei öffentlichen und politischen Entscheidungen sowie die Überzeugung, dass echte Freundschaften und Beziehungen zunehmend zerfallen, entscheidend für das Ausmaß ökonomistischer Orientierungen von Personen. Damit befördern weniger die Aspekte der individuell-funktionalen Systemintegration, die doch am ehesten Bezüge zu dem wirtschaftlichen Geschehen haben, als vielmehr die unzureichende Integration auf kommunikativ-interaktiven sowie der kulturell-expressiven Ebene ökonomistische Orientierungen.

Aus beiden Integrationsebenen entfaltet sich ein rückwirkender Strahlungseffekt auf die durch wirtschaftliche Kriterien geprägte Bewertung von Personen oder Personengruppen. Wird dieser Einfluss berücksichtigt, dann trägt die individuelle relative Deprivation zu einer Minderung ökonomistischer Auffassungen bei, d. h. je stärker sich Personen in ihren Konsumchancen depriviert fühlen, desto weniger vertreten sie ökonomistische Auffassungen (Tabelle A1 im Anhang). Damit scheinen Anzeichen von individuell-funktionaler Desintegration eher dazu zu führen, dass Personen ökonomische Effizienzmaße seltener bei der Beurteilung von Personen und Personengruppen heranziehen. Insgesamt erklären die im GMF-Survey 2007 berücksichtigten Desintegrationsvariablen gemeinsam mit dem Sozialstatus von Personen 15,4 Prozent der Varianz im Ausmaß der ökonomistischen Orientierungen von Personen auf.

Zudem bestätigt sich erwartungsgemäß anhand der empirischen Daten die Annahme, dass die Anwendung wirtschaftlicher Effizienz kalküle bei der Bewertung von Personen in einem deutlichen Zusammenhang mit flexibler Bindungslosigkeit steht. Personen, die solche Bewertungsmaßstäbe ansetzen, ordnen auch im Rahmen ihrer eigenen Lebensplanung private Beziehungen zu anderen Personen der eigenen Karriere unter. Um die sich bietenden (Aufstiegs-)chancen am Arbeitsmarkt nutzen zu können, sind sie eher bereit, freundschaftliche oder auch partnerschaftliche Beziehungen zu vernachlässigen oder auch ganz aufzugeben.

Ähnlich wie die ökonomistischen Orientierungen werden auch Verhaltenstendenzen im Sinne bindungsloser Flexibilität vor allem durch erlebte Machtlosigkeit bei politischen Entscheidungen sowie durch die wahrgenommene generelle sozio-emotionale Desintegration gefördert. Als erklärender Faktor kommt zusätzlich die Aufstiegsorientierung der Personen hinzu. Insgesamt erklären die Desintegrationsvariablen 12,4 Prozent der Varianz bindungsloser Flexibilität.

Bevor wir zu den Zusammenhänge von ökonomistischen Orientierungen und der Abwertung von vermeintlich „Nutzlosen“ und „Überflüssigen“ kommen, wird die Verbreitung von Vorurteilen und Ressentiments gegenüber den Langzeitarbeitslosen berichtet.

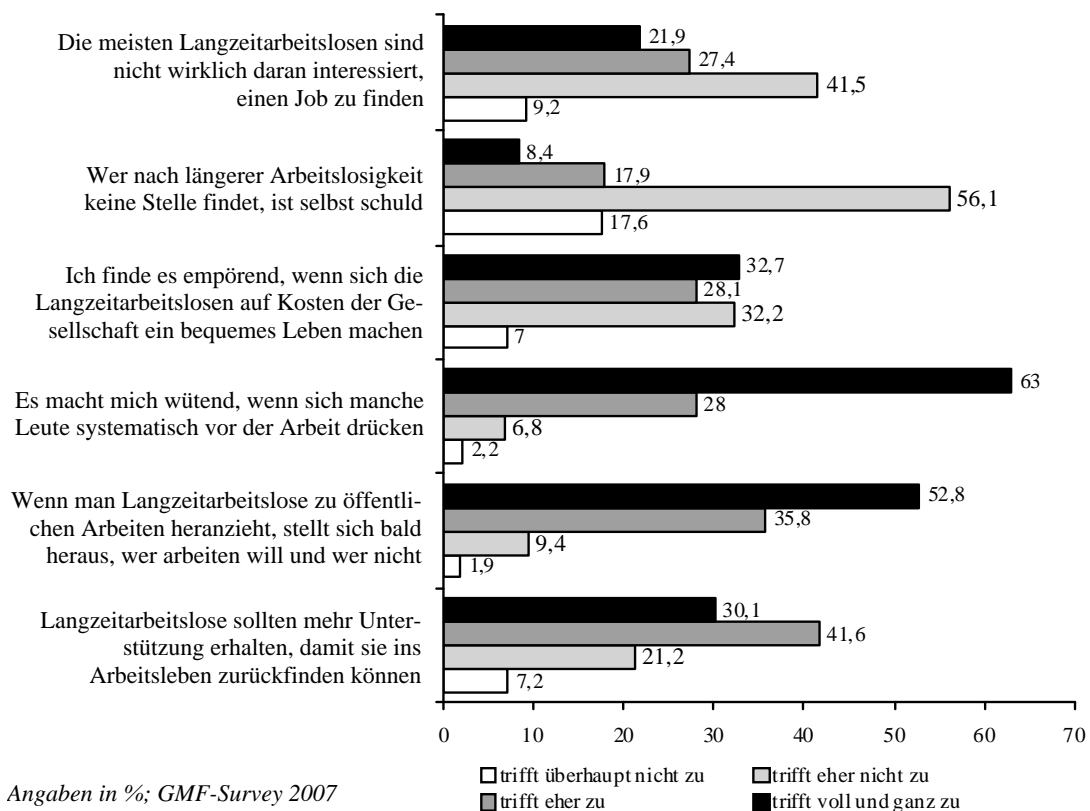
## **5. Die Abwertung von Langzeitarbeitslosen in der Bevölkerung**

Auch wenn sich seit 2006 die Situation am Arbeitsmarkt entschärft, ist in den vergangenen Dekaden der Anteil der Personen, die im Verlauf ihrer Erwerbsbiographie mindestens einmal arbeitslos waren, beständig gestiegen. Von den 1959 bis 1961 in den alten Bundesländern Geborenen waren 48 Prozent der Männer und 54 Prozent der Frauen bis zu ihren 40. Lebensjahr mindestens einmal arbeitslos. Zugleich stieg auch der Anteil derjenigen Personen an, die zur Finanzierung ihres Lebensunterhalts über einen längeren Zeitraum auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen waren. Von den 1929 bis 1931 in den alten Bundesländern geborenen Männern erlebte ein knappes Viertel (23 %) und von den 1939 bis 1941 geborenen annähernd ein Drittel (30%) eine Arbeitslosigkeit von über einem Jahr (Dundler/Müller 2006).

Auch wenn viele der Betroffenen unverschuldet in die Arbeitslosigkeit geraten, z. B. weil ihre Stelle einfach wegrationalisiert wurde oder der Betrieb, in dem sie arbeiteten, wegen mangelnder Rentabilität Konkurs anmelden musste, wurden im öffentlichen Diskurs wiederholt Vorwürfe erhoben, dass Langzeitarbeitslose nicht nur selbst die Schuld an ihrem Arbeitsmarktschicksal (fehlende Kompetenzen und unzureichende Qualifikation) seine, sondern sie darüber hinaus auch aus einer persönlichen Arbeitsunwilligkeit heraus sich in die „soziale Hängematte“ legen und diesen Weg bewusst als Alternative gegenüber einem „harten“ Erwerbsleben bevorzugen. Zum Teil wird der Eindruck erweckt, als seien Langzeitarbeitslose „Drückeberger“ und gewitzte Nichtsteuer, die sich auf Kosten der Allgemeinheit die Taschen füllten und denen Verwaltung und Steuerzahler hilflos aufsitzen würden (Hondrich 1998: 497 f.). Die Angst der eigenen Betroffenheit vor Arbeitslosigkeit scheint „zu einer Furcht vor Arbeitslosen“ zu mutieren (Nils Minkmar in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 24. Dezember 2006: 28) und Ressentiments gegenüber diesem Personenkreis zu begünstigen. Hartz-IV-Empfänger werden damit unter den gegebenen Bedingungen in der öffentlichen Diskussion zu einer Problemgruppe stilisiert, was zum Teil gravierende Konsequenzen für ihre soziale Situation und ihre Behandlung in der Gesellschaft nach sich zieht.<sup>7</sup>

Bei der Messung der Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Langzeitarbeitslosen wurde davon ausgegangen, dass Einstellungen und abwertende Haltungen gegenüber Angehörigen schwacher Gruppen neben einer kognitiven eine emotionale und verhaltensbezogene Komponente enthalten (Wilder/Simon 2001). Es wurde deshalb versucht, diese drei Subdimensionen durch jeweils zwei Items abzubilden. Auf der Basis der öffentlichen Debatten wurde davon ausgegangen, dass sich die erhobenen Vorwürfe auf der *kognitiven Ebene* vornehmlich auf das mangelnde Bemühen der Betroffenen, einen Job zu finden (Item 1 in Abbildung 6), und das eigene Verschulden des Arbeitsmarktschicksals beziehen (Item 2). Für die *emotionale Ebene* wurde angenommen, dass sich die Vorurteile primär im Zorn und der Empörung niederschlagen, dass sich die Betroffenen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen (Item 3), sowie in der Wut und dem Ärger, dass sich Langzeitarbeitslose systematisch davor drücken, wieder in die Erwerbsarbeit zurückzukehren (Item 4). Auf der *verhaltensbezogenen Ebene* dürfte vor allem die Forderung dominieren, die Langzeitarbeitslosen ggf. unter Zwang, zu gesellschaftlich nützlichen Tätigkeiten heranzuziehen (Item 6 und Item 5 positiv formuliert).

**Abbildung 6:** Verbreitung von Vorurteilen gegenüber Langzeitarbeitslosen (in %)

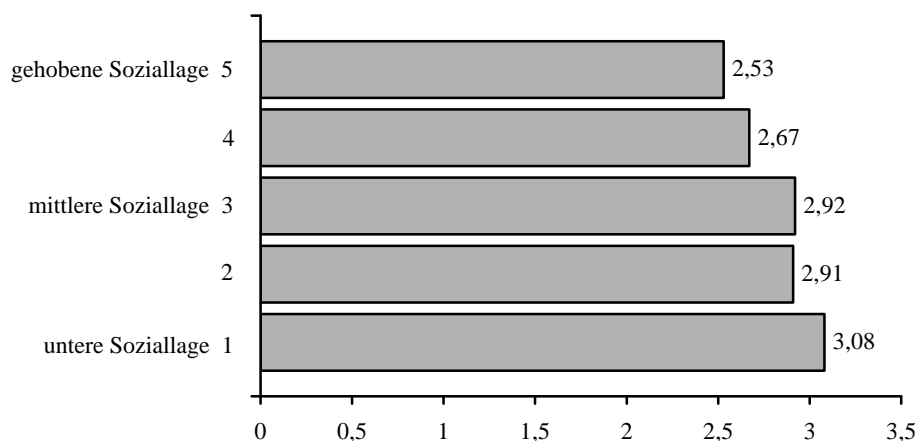


Langzeitarbeitslose scheinen in der Bevölkerung auf der emotionalen Ebene in starkem Maße Wut und Empörung hervorzurufen. Über sechs Zehntel der Befragten finden es empörend, „wenn sich die Langzeitarbeitslosen auf Kosten der Gesellschaft ein bequemes Leben machen“ (60,8 %) und über neun Zehntel macht es „wütend, wenn sich manche Leute systematisch vor der Arbeit drücken“ (91 %). Allerdings sind bei den für die zur Erfassung der emotionalen Ablehnung formulierten Statements Unterstellungen enthalten, die ärgerlich machen können, auch wenn man die inhaltlichen Aussagen nicht notwendig für zutreffend erachten muss. Entsprechend fallen für die zur Erfassung der kognitiven Ebene formulierten Statements die Zustimmungsraten etwas geringer aus. Aber dennoch stimmt knapp die Hälfte in der Tendenz der Aussage zu, dass „die meisten Langzeitarbeitslosen (...) nicht wirklich daran interessiert (sind), einen Job zu finden“ und über einen Viertel schreibt den Betroffenen selbst die Schuld für ihre Arbeitslosigkeit zu (26,3 %).

Auf der verhaltensbezogenen Ebene stimmen zwar wieder fast neun Zehntel der Auffassung zu, dass durch die Maßnahme, Langzeitarbeitslose zu öffentlichen Arbeiten heranzuziehen, sich bald herausstellen würde, wer arbeiten will und wer nicht (87,6 %), aber gleichzeitig fordern fast drei Viertel, dass diesem Personenkreis mehr Unterstützung zuteil werden sollte, damit sie wieder in das Arbeitsleben zurückkehren können (72,6 %).

Wie bei den ökonomistischen Orientierungen ist auch hier überraschend, dass mit sinkender Sozillage die Ressentiments gegenüber Langzeitarbeitslosen kontinuierlich zunehmen (Abbildung 7) – überraschend deshalb, weil das Risiko der Betroffenheit von Langzeitarbeitslosigkeit mit sinkender Schulbildung und beruflicher Qualifikation ansteigt, und vor diesem Hintergrund vermutet werden könnte, dass diese Personen eher Verständnis für die Lage der Langzeitarbeitslosen haben müssten, und wissen, dass diese nicht notwendig ihr Arbeitsmarktschicksal zu verantworten haben.

**Abbildung 7:** Abwertung von Langzeitarbeitslosen nach Sozillage der Bewertenden



\* Mittelwerte; 1 = trifft überhaupt nicht zu, ..., 4 = trifft voll und ganz zu;  
GMF-Survey 2007



Aber im Gegenteil dazu scheint mit sinkender Sozillage das Bedürfnis zu wachsen, sich von Personen am untersten Rand der Sozialhierarchie dadurch abzugrenzen, dass man diesen eine negative Arbeitshaltung zuschreibt, die man von sich selbst zurückweisen kann. Dementsprechend sind z. B. 28,9 Prozent der Befragten aus der unteren Sozillage, 23,2 Prozent aus der mittleren und 19,8 Prozent aus oberer Sozillage überzeugt, dass die Langzeitarbeitslosen selbst ihr Arbeitsmarkt-schicksal verschuldet haben.<sup>8</sup>

## **6. Desintegration, ökonomistische Orientierungen und die Abwertung von „Nutzlosen“ und „Überflüssigen“**

Langzeitarbeitslose und Hartz-IV-Empfänger werden damit Gesetze im Meinungsbild der bundesdeutschen Bevölkerung als ein Störfaktor in einer auf Leistung und Konkurrenz ausgerichteten Gesellschaft verstanden, durch die die Grundprinzipien einer auf Verwertbarkeit und Funktionsfähigkeit ausgerichteten Marktgesellschaft in Frage gestellt werden. Da sie nichts zur Produktivität der Gesellschaft beitragen, sondern vielmehr der Sozialgemeinschaft „auf der Tasche liegen“, können sie, insbesondere dann, wenn wirtschaftliche Effizienzkalküle als Bewertungskriterien herangezogen werden, als „Nutzlose“ erachtet werden. Sie werden damit von den dominanten Anerkennungszusammenhängen und Zugehörigkeitskontexten der Gesellschaft ausgeschlossen (Bude/Willich 2006).

### *6.1 Ökonomistische Orientierungen und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen*

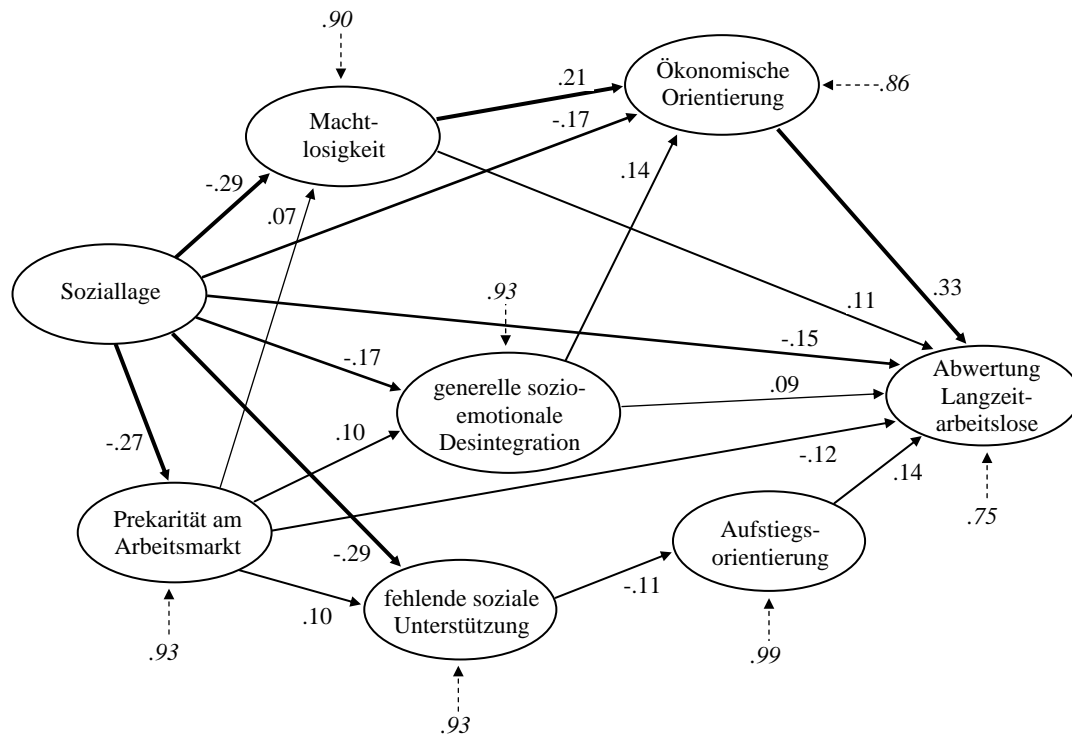
Mit Hilfe einer Modellrechnung wurden die Zusammenhänge zwischen dem Sozialstatus von Personen, den wahrgenommenen Desintegrationsrisiken, der Aufstieg-orientierung, den ökonomistischen Orientierungen, (der bindungslosen Flexibilität) und der Abwertung von Langzeitarbeitslosen anhand empirischer Daten überprüft (Abbildung 8).<sup>9</sup>

Ausgangspunkt im Modell ist der Sozialstatus der Personen. Dabei wurde bereits gezeigt, dass mit sinkender Sozillage Personen vermehrt dazu tendieren, Langzeitarbeitslose abzuwerten. Zugleich wird es mit sinkendem Sozialstatus erwartungsgemäß wahrscheinlicher, dass Personen am Arbeitsmarkt eine prekäre Position innehaben und sich zusätzlich bei politisch anstehenden Entscheidungen machtlos fühlen, dass sie eher überzeugt sind, dass stabile Netzwerke nicht aufrechtzuerhalten sind und sich nur unzureichend durch ihr soziales Umfeld unterstützt fühlen.

Während die erfahrene Machtlosigkeit bei politischen Prozessen, die generelle sozio-emotionale Desintegration und eine als unzureichend erachtete soziale Unterstützung neben einer niedrigen Sozillage auch durch eine prekäre Position am Arbeitsmarkt verstärkt werden, sind die ökonomistischen Orientierungen unabhängig von der Stellung am Arbeitsmarkt. Die Wahrscheinlichkeit, dass Personen bei der Bewertung von Personengruppen ökonomistische Kriterien anlegen, steigt – wie

bereits in Kapitel 4.1 (Abbildung 3) ausgeführt – mit sinkender Sozillage, der erfahrenen Machtlosigkeit und der generellen sozio-emotionalen Desintegration.

**Abbildung 8:** *Desintegration (als unabhängige), Aufstiegsorientierung, bindungslose Flexibilität sowie ökonomistische Orientierungen (als vermittelnde) und die Abwertung von Langzeitarbeitslosen (als abhängige Variable).*



Df = 9, Chi-Square = 40.15; Rmse = .032, Pclose = .68, CFI = .99; stand. RMR = .028, GFI = .99, AGFI = .98; GMF-Survey 2007.

Die generelle sozio-emotionale Desintegration, die individuelle Aufstiegsorientierung sowie die erfahrene Machtlosigkeit und insbesondere die ökonomistischen Orientierungen führen letztendlich dazu, dass Langzeitarbeitslose mit abwertenden Vorurteilen bedacht werden. Dass im multivariaten Modell die subjektiv als prekär eingestufte Position am Arbeitsmarkt, die bei bivariater Betrachtung in keinem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Abwertung von Langzeitarbeitslosen steht (siehe Tabelle A1 im Anhang), in einem negativen Zusammenhang mit der Abwertung von Langzeitarbeitslosen steht, zeigt an, dass Personen in prekären Beschäftigungssituationen Verständnis für die Situation von Langzeitarbeitslosen entwickeln und abwertende Vorurteile gegenüber diesen eher ablehnen.<sup>10</sup>

## 6.2 *Ökonomistische Orientierung und die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Migranten*<sup>11</sup>

Ökonomistischen Bewertungskriterien können neben den Langzeitarbeitslosen weitere Gruppen zum Opfer fallen, die nur einen geringen oder gar keinen Beitrag zur Effizienzsteigerung der Marktgesellschaft beitragen. Letzteres gilt insbesondere für jene Personengruppe, die in der Sozialhierarchie noch unter den Langzeitarbeitslosen stehen und deren Arbeitsmoral als noch geringer eingeschätzt werden kann: den Obdachlosen. Als eine weitere Personenkategorie der „Nutzlosen“ können zum Teil auch Behinderte (in Folge der Heterogenität dieser Personengruppe sind pauschale Aussagen schwierig, Vorurteile und Ressentiments dürften vor allem gegenüber Geistig-Behinderten existieren) kategorisiert werden, da sie häufig einer besonderen Versorgung bedürfen und für die Sozialgemeinschaft „Zusatzkosten“ verursachen würden.

Vor dem Hintergrund rechtspopulistischer Ideologien werden nicht zuletzt auch Zuwanderer aus anderen Staaten als „nutzlos“ und „überflüssig“ eingestuft, weil sie nicht nur durch deutsche Arbeitskräfte substituiert werden könnten, sondern im Gegenteil den Einheimischen die Arbeitsplätze wegnehmen. Von daher ist davon auszugehen, dass auch die Abwertung von Obdachlosen, Behinderten und Zuwanderern mit ökonomistischen Orientierungen in einem Zusammenhang stehen. Auch diese Erwartungen werden anhand der empirischen Daten sowohl bei der bivariaten wie auch bei der multivariaten Betrachtung, bei der neben den ökonomistischen Orientierungen auch die Soziallage der Personen, die Betroffenheit von Desintegrationsrisiken, die Aufstiegsorientierung sowie die bindungslose Flexibilität als unabhängige Variable in die Berechnungen einfließen, bestätigt (Tabelle A1 im Anhang). Neben der Abwertung von Langzeitarbeitslosen haben die ökonomistischen Orientierungen eine hohe Erklärungskraft insbesondere für das Ausmaß der Fremdenfeindlichkeit (bivariate Korrelationen:  $r = .45$ ; multivariate Koeffizienten:  $\beta > .31$ ), sowie der von Obdachlosen ( $r > .41$ ;  $\beta > .36$ ). Zusätzlich klären wirtschaftliche Effizienz kalküle auch einen nicht zu vernachlässigenden Anteil der Varianz bei der Abwertung von Behinderten auf ( $r = .37$ ;  $\beta = .34$ ).<sup>12</sup>

Im Vergleich zum Sozialstatus von Personen, der Betroffenheit von Desintegrationsrisiken, der Aufstiegsorientierung sowie der bindungslosen Flexibilität haben sowohl bei der bivariaten wie auch bei der multivariaten Betrachtung die ökonomistischen Orientierungen durchgängig bei allen Gruppen einen höheren Erklärungswert. Dieser ist durchaus vergleichbar mit dem traditioneller Ansätze wie dem Autoritarismus oder der Anomie (siehe hierzu z. B. Heitmeyer/Heyder 2002; Kühnel/Schmidt 2002; Mansel 2004). Auch die bindungslose Flexibilität, die Aufstiegsorientierung von Personen sowie der Sozialstatus und von den Desintegrationsvariablen das Scheitern bei der Realisierung der beruflichen Ziele, die erlebte Machtlosigkeit bei politischen und gesellschaftlich relevanten Entscheidungen, die fehlende soziale Unterstützung und die generelle sozio-emotionale Desintegration und (von einer Ausnahme abgesehen) auch die Resultante der Desintegrationser-

fahrungen (die fehlenden Chancen personaler Entwicklung) bei bivariater Betrachtung durchgängig in einem statistisch signifikanten Zusammenhang mit der Abwertung von „Nutzlosen“ und „Überflüssigen“.

Bei multivariater Betrachtung behalten von den in diesem Zusammenhang berücksichtigten Variablen ausschließlich die ökonomistischen Orientierungen einen Erklärungswert für die Abwertung aller in dieser Analyse betrachteten Gruppen von „Nutzlosen“ und „Überflüssigen“. Für die Erklärung der Fremdenfeindlichkeit erweist sich daneben vor allem die Sozillage, die Machtlosigkeit und die Aufstiegsorientierung als bedeutsam. Fremdenfeindlich eingestellt sind somit primär Personen mit einer hohen Aufstiegsaspiration, die die Zuwanderer aufgrund ihrer sozialen Stellung als Konkurrenten am Arbeitsmarkt betrachten, zugleich aber auf politischer Ebene wenig Chancen sehen, ihre Ansprüche durchzusetzen. Auch von den Obdachlosen versuchen sich insbesondere jene Personen mittels Vorurteilen abzugrenzen, die überdurchschnittlich aufstiegsorientiert sind, denen aber der Aufstieg verwehrt bleibt, deshalb nur wenig Gestaltungsmöglichkeiten für den eigenen Lebensweg sehen und die zugleich auch auf der politischen Ebene machtlos fühlen. Insgesamt erklären die in diesem Rahmen berücksichtigten Variablen zwischen 31,9 Prozent (bei Fremdenfeindlichkeit) und 14,6 Prozent (bei der Abwertung von Behinderten) der Varianz in der Abwertung von schwachen Gruppen auf (Tabelle A1 im Anhang).

Insgesamt zeigen damit die Analysen, dass krisenhafte Entwicklungen und daraus resultierende Desintegrationserfahrungen und -ängste in Teilen der Bevölkerung zu einer Verunsicherung beitragen, die maßgeblich dafür mitverantwortlich ist, dass Personen Effizienzkriterien, die sich im ökonomischen Bereich scheinbar bewährt haben, auf das soziale Leben übertragen und zur Bewertung von Personen und Personengruppen einsetzen. Die Anwendung scheinbar eindeutiger Maßstäbe bei der Bewertung von Angehörigen schwacher Gruppen, die vermeintlich nur wenig zum wirtschaftlichen Erfolg einer Gesellschaft beitragen, entpuppt sich jedoch als ein Risiko für das friedliche Zusammenleben, weil damit eine Ideologie der Ungleichwertigkeit befördert werden kann, die als Legitimation dafür herangezogen werden kann, (schwachen) Bevölkerungsteilen bestimmte Rechte abzuerkennen und vorzuenthalten. Nicht zuletzt infolge des hohen, mit dem traditioneller Ansätze vergleichbaren Erklärungswertes der ökonomistischen Orientierungen für Vorurteile und Ressentiments gegenüber Bevölkerungsminderheiten sollte in der Forschung den Ursachen derartiger Einstellungen und Bewertungsmaßstäbe mehr Beachtung geschenkt werden.

## Anhang

**Tabelle A1:** Zusammenhänge von Desintegration, Aufstiegsorientierung, ökonomistischen Orientierungen, bindungsloser Flexibilität und der Abwertung schwacher Gruppen\*

	bindungslose Flexibilität	ökonomistische Orientierungen	Fremden- Feindlichkeit	Abwertung von Behinderten	Abwertung von Obdachlosen	Abwertung von Langzeitarbeits- losen
Soziallage	-.14 (-.23)	-.20 (-.27)	-.17 (-.34)	(-.11)	(-.14)	-.17 (-.27)
Prekarität am Arbeitsmarkt			(.13)			-.12
Scheitern an der Realisierung berufl. Ziele	(.09)	(.13)	(.22)	(.09)	(.07)	(.08)
Individuelle relative Deprivation	(.07)	-.11	(.17)			(.08)
Machtlosigkeit	.15 (.23)	.23 (.30)	.21 (.38)	(.16)	.11 (.22)	.11 (.26)
Soziale Spaltung	(.09)	(.07)	(.19)			
Fehlende soziale Unterstützung	(.16)	(.16)	(.22)	(.11)	(.08)	(.13)
Generelle sozio-emotionale Desintegration	.14 (.22)	.16 (.23)	.10 (.26)	(.07)	(.15)	0.9 (.21)
Fehlende Chancen personaler Entwicklung	(.11)	(.14)	(.19)	(.10)	(.10)	(.09)
Aufstiegsorientierung	.15 (.18)	(.12)	.09 (.16)	(.18)	.10 (.15)	.14 (.21)
bindungslose Flexibilität	*	(.37)	(.30)	.09 (.22)	(.22)	(.25)
ökonomistische Orientierungen	(.37)	*	.31 (.45)	.34 (.37)	.36 (.41)	.33 (.43)
Erklärte Varianz in %	12.4	15.4	31.4	14.6	18.5	26.4

\* Bei den Regressionen wurde für die Ermittlung der erklärten Varianzen von bindungsloser Flexibilität und ökonomistischen Orientierungen als unabhängigen Variablen, die Soziallage, die Desintegrationsindikatoren und die Aufstiegsorientierung berücksichtigt.

Beta-Koeffizienten, bivariate Korrelationen in Klammern (jeweils nur statistisch signifikante ( $p < .01$ ) und erklärte Varianzen (GMF-Survey 2007).

## Anmerkungen

- 1 Der vorliegende Beitrag entstand im Projekt „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“. Das Projekt ist als Langzeitstudie über 10 Jahre angelegt. Es ist am Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung, Universität Bielefeld, angesiedelt und wird von einem Stiftungskonsortium unter Federführung der Volkswagen-Stiftung gefördert. Federführend für die Antragstellung zeichnet Wilhelm Heitmeyer.
- 2 Dies ist nicht mit einer völligen Erosion traditioneller Moralvorstellungen und Kulturbestände gleichzusetzen. Sie werden vielmehr dadurch relativiert und erfahren einen Anerkennungsverlust, dass sie unter dem Druck von Leistung und Erfolg anderen Aspekten untergeordnet und

damit sekundär werden ohne dass sie dadurch ihre grundlegende Geltungskraft völlig einbüßen müssen (siehe hierzu auch Karstedt 1998).

- 3 So ist z. B. aus der Arbeitslosenforschung bekannt, dass Betroffene sich sozial aus ihren Kontakten zurückziehen, sich isolieren und ihre Netzwerke auf einen Kernbestand reduzieren (z. B. Andreß 1999; Kronauer 1993).
- 4 Die häufigsten Ausfallgründe waren, dass im angerufenen Haushalt niemand an das Telefon ging (12,8 %), und dass die Kontaktperson (29,3 %) oder die Zielperson (7,4 %) die Auskunft verweigerten. In 4,8 Prozent der Fälle wurde das Interview vorzeitig abgebrochen. Die Befragung wurde von TNS Infratest durchgeführt.
- 5 Die durchschnittliche Interviewdauer lag bei etwa 30 Minuten.
- 6 Eine Darstellung der Operationalisierung der Konstrukte erfolgt in den jeweiligen Ergebnisteilen.
- 7 Zur Bedeutung spezifischer Kontextbedingungen für die Konstruktion sozialer Probleme sowie zu den realen Konsequenzen konstruierter Problemlagen siehe z. B. Groenemeyer 2007.
- 8 Indem Langzeitarbeitslose mit solchen Vorurteilen belegt werden, kann nicht nur eine restriktive Sozialpolitik gegenüber diesem Personenkreis (wie sie z. B. in der Verabschiedung der Hartz IV-Gesetze vollzogen wurde) legitimiert werden, sondern es erfolgt zugleich eine Disziplinierung, denn mit der Diskriminierung wird nicht nur den Betroffenen signalisiert, ihre Ansprüche an die Erwerbsarbeit zurückzunehmen, sondern in weiten Teilen der Bevölkerung, da niemand einer derart gesellschaftliche stigmatisierten Gruppe angehören will, steigt die Arbeitsmoral (sinkende Krankenstände), die Produktivität der Arbeitskräfte und die Effizienz (Bourdieu 1998; Castel 2000; Dörre/Kraemer/Speidel 2004; Galuske 1988, 544 ff.; Grau/Thomson 1984; Hondrich 1998: 497 f.).
- 9 Das Modell wurde mit Hilfe von LISREL 8.52 auf der Basis der für die einzelnen Konstrukte ermittelten Indizes erstellt und beinhaltet damit nur das Strukturmodell. Da die Messmodelle an anderer Stelle überprüft wurden, ist hier, um Komplexität zu reduzieren, auf eine gleichzeitige Prüfung der Messmodelle verzichtet worden. Die in der Abbildung 9 ausgewiesenen Modellanpassungswerte sind sehr zufriedenstellend.
- 10 Die anderen in der Erhebung in 2007 erhobenen Desintegrationsvariablen stehen ebenso wie die bindungslose Flexibilität in dem multivariaten Modell in keiner statistisch signifikanten Beziehung zur Abwertung der Langzeitarbeitslosen (siehe auch Tabelle A1 im Anhang).
- 11 Zu Verbreitung von Vorurteilen gegenüber diesen Bevölkerungsgruppen siehe Heitmeyer 2008.
- 12 Zusätzlich wurde der Zusammenhang von ökonomistischen Orientierungen und der anderen schwachen Gruppen, die im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit enthalten sind (siehe hierzu Heitmeyer 2008), ermittelt. Infolge des Syndromgedankens und der hohen Korrelationen der Abwertung von schwachen Gruppen war davon auszugehen, dass ökonomistische Orientierungen auch mit den anderen Syndromelementen in einem statistischen Zusammenhang stehen. Diese Zusammenhänge fallen aber zum Teil deutlich geringer aus (z.B. für Homophobie und Sexismus: bivariate Korrelationen:  $r < .28$ ; multivariate Koeffizienten:  $< .19$ ). Ökonomistische Orientierungen tragen damit deutlich besser zur Aufklärung der Abwertung von „Nutzlosen“ und „Überflüssigen“ bei als bei den anderen Syndromgruppen.

## Literatur

- Andreß, H.-J., 1999: *Leben in Armut. Eine Untersuchung der Versorgungsstrategien armer Haushalte auf der Basis von Umfragedaten*. Opladen: Westdeutscher.
- Anhut, R., 2002: Die Konflikttheorie der Desintegrationstheorie S. 381-407 in: Bohnacker, T. (Hrsg.), *Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung*. Opladen: Leske + Budrich.

- Anhut, R./Heitmeyer, W., 2005: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. S. 7-75 in: Heitmeyer, W./Anhut, R. (Hrsg.), *Bedrohte Stadtgesellschaft. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen*. Weinheim: Juventa.
- Bourdieu, P., 1998: *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstands gegen die neoliberale Invasion*. Konstanz: UVK.
- Bieling, H.-J., 2000: *Dynamiken sozialer Spaltung und Ausgrenzung. Gesellschaftstheorien und Zeitdiagnosen*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bohle, H.H./Heitmeyer, W./Kühnel, W./Sander, U., 1997: Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. S. 29-65 in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Was treibt die Gesellschaft auseinander*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Bude, H./Willich, A., 2006: *Das Problem der Exklusion. Ausgegrenzte, Entbehrliche, Überflüssige*. Hamburg: Hamburger Edition.
- Castel, R., 2000: *Die Metamorphose der sozialen Frage. Eine Chronik der Lohnarbeit*. Konstanz: UVK.
- Dörre, K./Kraemer, K./Speidel, F., 2004: Marktsteuerung und Prekarisierung von Arbeit – Nährboden für rechtspopulistische Orientierungen? S. 77-118 in: Bischoff, J./Dörre, K./Gauthier, E. (Hrsg.), *Moderner Rechtspopulismus. Ursachen, Wirkungen, Gegenstrategien*. Hamburg: VSA.
- Dundler, A./Müller, D., 2006: *Erwerbsverläufe im Wandel. Ein Leben ohne Arbeitslosigkeit – nur noch eine Fiktion?* IAB-Kurzbericht 27 (22. Dezember 2006).
- Galuske, M., 1998: *Jugend ohne Arbeit. Das Dilemma der Jugendberufshilfe*. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 1: 535-560.
- Grau, U./Thomsen, K., 1984: *Arbeitslos gleich arbeitsunwillig? Zur Wahrnehmung eines Vorurteils durch Betroffene*. Zeitschrift für Wirtschafts- und Berufspädagogik 80: 675-687.
- Groenemeyer, A., 2007: *Die Institutionalisierung vom Problemdiskursen und die Relevanz der Soziologie sozialer Probleme*. Soziale Probleme 18/1: 5-25.
- Habermas, J., 1981: *Theorie kommunikativen Handelns*. (2 Bände). Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W., 2008: *Deutsche Zustände. Folge 7*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Heitmeyer, W./Heyder, A., 2002: *Autoritäre Haltungen. Rabiate Forderungen in unsicheren Zeiten*. S. 59-70 in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), *Deutsche Zustände. Folge 1*. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hondrich, K.O., 1998: *Von Wert der Arbeit – und der Arbeitslosigkeit*. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft 1: 493-500.
- Hradil, St., 2005: *Warum werden die meisten entwickelten Gesellschaften wieder ungleicher?* S. 460-483 in: Windolf, P. (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*. (45. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Karstedt, S., 1998: *Beutegesellschaft: Zur moralischen Ökonomie moderner Marktgesellschaften. Dem Andenken von Detlev Frehsee gewidmet*. Soziale Probleme 2: 99-114.
- Keupp, H./Ahbe, Th./Gmür, W./Höfer, R./Mitzscherlich, B./Kraus, W./Straus, F., 1999: *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*. Reinbek: Rowohlt.

- Kronauer, M., 1993: Im Schatten der Arbeitsgesellschaft. Arbeitslose und die Dynamik sozialer Ausgrenzung. Frankfurt/M.: Campus.
- Kronauer, M., 2002: Exklusion. Die Gefährdung des Sozialen im hoch entwickelten Kapitalismus. Frankfurt/M.: Campus.
- Kühnel, M. St./Schmidt, P., 2002: Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für schwache Gruppen. S. 83-95 in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 1. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mansel, J., 2004: Wiederkehr autoritärer Aggression. Soziale Desintegration und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. S. 105-137 in: Lautmann R./Klimke, D./Sack, F. (Hrsg.), Punitivität. (8. Beiheft des Kriminologischen Journal). München: Juventa.
- Mansel, J./Endrikat, K./Hüpping, S., 2006: Krisenfolgen. Soziale Abstiegsängste fördern feindselige Mentalitäten. S. 39-66 in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 4. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Mansel, J./Heitmeyer, W., 2005: Spaltung der Gesellschaft. Die negativen Auswirkungen auf das Zusammenleben. S. 39-72 in: Heitmeyer, W. (Hrsg.), Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Sennett, R., 1998: Der flexible Mensch. Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berliner Edition.
- Sennett, R., 2005: Die Kultur des neuen Kapitalismus. Berlin: Berliner Edition.
- Voswinkel, St., 2000: Anerkennung der Arbeit im Wandel. Zwischen Würdigung und Bewunderung. In: Holtgrewe, U./Voswinkel, S./Wagner, G. (Hrsg.), Anerkennung und Arbeit. Konstanz: UVK.
- Weins, C., 2005: Die Entwicklung der Lohnungleichheit in Deutschland und den USA zwischen 1980 und 2000. S. 484-504 in: Windolf, P. (Hrsg.), Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen. (45. Sonderheft der Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie). Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.
- Wilder, D.A./Simon, A.F., 2001: Affect as a Cause of Intergroup Bias. S. 153-172 in: Brown, R./Gaertner, S.L. (Hrsg.), Intergroup Processes. (Blackwell Handbook of Social Psychology). Malden: Blackwell.

**Jürgen Mansel**  
**Kirsten Endrikat**

*Universität Bielefeld*  
*Institut für interdisziplinäre*  
*Konflikt- und Gewaltforschung*  
*Universitätsstr. 25*  
*D - 33615 Bielefeld*

juergen.mansel@uni-bielefeld.de